

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 36 (1942)  
**Heft:** (11): November-Sendung

**Artikel:** Vom Wächteramt der Kirche  
**Autor:** Wolff, Max  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-138113>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 04.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Wort. Er ist bloß, wie der Apostel sagt, der letzte Feind. Jesus spricht: „Gott ist nicht ein Gott der Toten, sondern der Lebendigen. Ihm leben sie alle.“ Christus ist die Auferstehung und das Leben. Das Reich Gottes ist das Reich der Ostern, wie es das Reich der Pfingsten ist, wodurch Weihnachten und Karfreitag ergänzt werden.

Aber diese Botschaft bezieht sich nicht bloß auf Tod und Leben des einzelnen Menschen, sondern auch auf die der Welt. *Alles* Tote soll lebendig, alles Leben erfüllt werden. Alles, was jetzt kämpft und seufzt, alles, was in Not und Nacht liegt, soll zu Licht und Freiheit kommen; alles, was Bruchstück ist, soll Vollendung, alles, was Rätzel ist, Klarheit, alles, was Schwachheit ist, Kraft, alles, was Unrecht ist, Recht, alles, was klein ist, groß, alles, was Welt und Hölle ist, Reich Gottes werden. Wir bekennen uns, wenn wir den Schluß des Unfer-Vaters sprechen, zur *Wiederbringung* aller Dinge durch das Reich Gottes, zu jener Welt, wo der Vater allein Herr ist und seine Schöpfung im Jubel der Erlösung strahlt. Und so allein können wir auch recht beten. Wir haben in Christus das Reich schon jetzt, teils in Wirklichkeit, teils im Glauben. Er ist das große Ja und Amen der Schöpfung.

*Frage:* Was heißt „Amen“?

*Antwort:* Es bedeutet: „Wahrhaftig“. Wahrhaftig, es wird alles geschehen! Ihr dürft dessen gewiß sein. In Gott. Nur müßt ihr darum bitten! Die Gemeinde Christi muß lernen, darum zu bitten, darum zuerst. Um den Heiligen Geist, welcher der Schöpfer-Geist ist und das Wunder schaffen kann. Und weil alles Gebet Verpflichtung ist, dafür arbeiten und kämpfen.

\* \* \*

*Frage:* Ist damit der Sinn des Unfer-Vaters erschöpft?

*Antwort:* Das alles ist nur eine Hindeutung auf seinen Sinn. Das Unfer-Vater ist ein unendliches Meer. Es ist so groß und tief, wie Gott, der Herr, der Vater, der in den Himmeln ist. *Leonhard Ragaz.*

## Vom Wächteramt der Kirche.<sup>1)</sup>

Im November 1940 haben 28 führende schweizerische Politiker an den Vorstand des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes ein Schreiben gerichtet, dem man unter dem Titel „Politiker fragen die Kirche“ auch etwa in der Presse begegnen konnte. Darin heißt es, die Schweiz sehe sich vor Entscheidungen gestellt, die von unfrem Volk und von jedem einzelnen unter uns einen Glauben erfordern, der über das

<sup>1)</sup> Diese Rede wurde von Oberrichter Dr. Max Wolff zur Eröffnung der letzten Tagung der Kirchensynode des Kantons Zürich gehalten, die ihren Mahnruf so wenig beherzigt hat. D. Red.

übliche Maß von Patriotismus und Idealismus weit hinausgehe; es sei den Schreibern vielmehr deutlich, daß zuletzt eben der christliche Glaube, aus dem die Eidgenossenschaft hervorgegangen sei, nötig sein werde, um sie in den Stand zu setzen, festzubleiben und die Krisis in Ehren zu bestehen. Darum müsse die Kirche bereit sein, den entscheidenden Beitrag zur Rettung des Vaterlandes zu leisten. Diese Worte haben an der Schwelle des vierten Kriegswinters an Bedeutung noch gewonnen. Denn viele von uns haben den Ernst der Lage immer noch nicht erfaßt. Sie haben noch nicht verstanden, daß wir inmitten der größten weltgeschichtlichen Tragödie leben, die seit Jahrhunderten die Existenz und die Freiheit aller Menschen bedrohte. Erst unlängst ist uns in aller Form und vor aller Welt kundgetan worden, daß alle, die sich als gute Schweizer und Demokraten dem Geist des neuen Europa nicht fügen und die Unabhängigkeit unseres Landes gegen die heute einzig aktuelle Gefährdung verteidigen wollen, nach Asien deportiert oder umgebracht werden sollen — die Einschränkung auf die Journalisten ist ja eine rein formale und überdies plump berechnete politische Finte. Scheinbar zufällig, aber nicht ohne einen starken inneren Zusammenhang mit diesen Drohungen ist die Großkundgebung der reichsdeutschen Kolonie vom 2. Oktober im Hallenstadion in Oerlikon, an der erklärte Feinde unserer Demokratie sich in der Verhöhnung unserer Gemeinschaftsideale und unserer Staatsform, ohne die uns Schweizern und Christen das Leben als unerträglich erschiene, nicht genug tun konnten. Es hätte freilich dieses erneuten Anschauungsunterrichtes nicht bedurft, um uns die drohende Gefahr erkennen zu lassen. Die grauenhaften Geschehnisse unserer Tage haben uns längst eindeutig zum Bewußtsein gebracht, daß auch unser Schicksal sich immer mehr dem Punkte nähert, wo es sich um Sein oder Nichtsein handelt. Die Tatsache, daß die nationalsozialistische Konzeption einer neuen europäischen Ordnung mit der Freiheit der europäischen Staaten und Völker völlig unvereinbar ist, ist von allen Einsichtigen längst erkannt worden. Es geht aber nicht nur um den Verlust unserer nationalen Unabhängigkeit, sondern um weit mehr. Was jetzt vor unsern Augen sich abspielt, ist der mit rücksichtsloser Machtentfaltung unternommene Versuch, den europäischen Kontinent auch geistig zu erobern und die bestehenden Ordnungen durch neue zu ersetzen, die eine bewußte Abkehr von der christlichen Religion wie der christlichen Humanität bedeuten. Ich erachte es als ein Gebot der Stunde, mit einer geradezu hartnäckigen Pedanterie festzustellen und immer wieder festzustellen, daß der letzte Sinn des heutigen Geschehens die Auseinandersetzung zwischen Christentum und Heidentum ist. Nicht nur werden die Kirchen entweder radikal verfolgt oder einem allmählichen Erstickungstod preisgegeben, sondern die Leitideen, die für das ganze staatlich-kulturelle Sein Europas grundlegend waren, sollen sozusagen in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Es ist nicht von ungefähr, daß jene 28 Politiker ihren Appell gerade

an die *reformierten* Kirchen unseres Landes gerichtet haben. Die Kirche der schweizerischen Reformation hat von allem Anfang an in ihrem Glaubensbekenntnis auch die politische Verantwortung der christlichen Gemeinde zur Geltung gebracht. Unsere schweizerischen Reformatoren haben immer wieder die Beziehung betont, in der die Gemeinde Christi auf Erden zum Staat und zum ganzen Völkerleben steht, und sie haben uns gelehrt, daß das Bekenntnis zu Christus und zu seinem Evangelium sich gerade in der Welt und gegenüber der Welt zu bewähren hat. Unsere reformierte Kirche kann daher zu jenem Ruf nur Ja sagen; denn sie bejaht die Herrschaft Christi, die überweltliche Wirklichkeit seiner Lehre, aber auch die Erkenntnis, daß diese Wirklichkeit nicht weltfern ist, sondern sich in dieser Welt verkörpern will. Ist *unsere* Kirche nicht auch angegriffen, wenn der Antichrist sein Reich in der Welt baut? Oder kann man noch im Zweifel sein, daß ihr im Ansturm der diktatorischen Totalitätssysteme ausgesprochen heidnischer Prägung eine Gegenkirche entgegentritt?

Eine andere Frage ist es freilich, ob unsere Kirche den Ruf, der an sie ergangen, auch wirklich gehört hat und ihm gefolgt ist. Ich glaube nicht, daß wir dies mit gutem Gewissen bejahen dürfen. Wie sehr es daran gefehlt hat, geht schon aus der Tatsache hervor, daß wir uns heute wieder vor die Aufgabe gestellt sehen, den Öffentlichkeitsanspruch des Evangeliums zu begründen. So sehr hatten wir uns daran gewöhnt, daß das Bekenntnis zu Jesus Christus auf den kirchlichen Raum beschränkt sei, das heißt nur die christliche Gemeinde verpflichte. Unsere Kirche hat sich weithin abgefunden mit einer kläglichen Verkürzung ihrer Botschaft, indem sie sich dazu hergab, nur die Pflegerin der privaten Frömmigkeit zu sein. Es gibt aber kein so unreformiertes Wort wie das, daß Religion Privatfache sei. In der Tat liegt die Tragik des heutigen Christentums überhaupt in der mangelnden Einsicht, daß in unserer Ära die Entscheidung zwischen Christus und Antichrist nicht im kirchlichen oder theologischen Raum, sondern zunächst auf dem politischen Gebiet vollzogen werden muß. Unsere Kirchen wollen vielfach den Zusammenhang nicht sehen, der zwischen der heutigen totalitärstaatlichen Bedrohung des christlichen Bekenntertums und der charakterlosen, wenn auch nur stillschweigenden Zustimmung der Christen zu der ganzen Entwicklung der Realpolitik, zur Dämonie der Lüge und Gewalt auf politischem Gebiet besteht. Nur so ist es denn zu erklären, daß die geistige Zerfetzung, um die es sich bei der sogenannten Revolution des Nationalsozialismus handelt, auch bei uns nicht wenige ergriffen hat. Ueberall, wo sich derartige Erscheinungen zeigten, hätte der wachsame Widerstand unserer Kirche einsetzen müssen. Gegen diese absolut widerchristliche, den Menschen schändende und erniedrigende, Staat und Krieg vergottende Art dieses Systems müßte unsere Kirche mit solchem Nachdruck kämpfen, daß es unter ihren Bekennern keinen einzigen mehr gäbe, der nicht wüßte, daß es Todsfünde ist, solchen

Ideen Gefolgschaft zu leisten. Tatsache ist aber, daß weite kirchliche Kreise von der wahren Natur jener aus dem Abgrund der Zerfetzung und Fäulnis emporsteigenden Macht bis heute nicht das Geringste gemerkt haben. Auch gegen den Antifemitismus ist der Kampf nicht entschieden genug geführt worden; denn wie wäre es sonst erklärlich, daß er auch in kirchlichen Kreisen immer noch Anhänger findet?

In den von unferm Herrn Prof. Farner so meisterhaft gezeichneten „Wegmarken“, für die ihm unser wärmster Dank gebührt, findet sich über den Sinn unserer Staatskirche folgendes treffende Wort: „Der Dienst der Kirche für den Staat ist, daß sie für ihn betet und seinem Volk die ewigen Gesetze ins Bewußtsein rammt. Nur wenn die christliche Gemeinde ungescheut ihres Wächteramtes waltet, kann die Kirche rechte Kirche sein.“ In Uebereinstimmung mit Zwingli und Calvin wird damit nicht nur der Gehorsam des Christen gegenüber der Obrigkeit gefordert, sondern ebenso entschieden die Kirche an ihre Pflicht erinnert, die Obrigkeit an die ihr von Gott gesetzte Aufgabe zu mahnen. Der Dienst der Kirche am Staat ist die Aufrichtung des Gehorsams Christi im Staat. Wir erkennen, daß die Vernachlässigung dieses Dienstes, das Schweigen der Kirche die große Schuld ist, die auf ihr lastet und die heute an ihr heimgesucht wird. Es darf nicht verschwiegen werden, daß unsere Kirche es immer wieder ärgerlich oder wenigstens ängstlich von sich wies, wenn ihr zugemutet wurde, ihre Stimme zu erheben. Jedenfalls ist der Staat bis zur Gegenwart durch ihre Verkündigung kaum behelligt, gar bedrängt oder in die Schranken gewiesen worden. So ist es nicht zu verwundern, daß, als das Erwachen der Kirche in den letzten Jahren bei uns ein klareres Bekennen zur Folge hatte, ihr vielfach mit den Mitteln des staatlichen Zwanges das Wort entzogen und ihr bedeutet wurde, sie habe zum Staat und seiner Politik nichts zu sagen. Die Kirche ist aber nicht mehr Kirche, wenn sie sich vom Staat aus dem öffentlichen Leben verdrängen läßt. Was heute nicht mehr angeht, was schuldhaft wäre, das ist eine Kirche, die keine oder nur ausweichende Antworten gibt, eine Kirche, die sich an der abstrakten Verkündigung des Bibelwortes genügen läßt und mit unverbindlichen Allgemeinheiten antwortet, wo sie konkret gefragt wird. Das Wort Gottes in diese Zeit hineinzustellen, die Wahrheit Gottes heute und in der Welt aufleuchten zu lassen, das ist ihre Aufgabe. Das Evangelium kennt keine Gesinnungsneutralität und weiß nichts von der Politik des falschen Schweigens, wie sie heute höhern Ortes gepriesen wird. Die Kirche hat zu antworten auf alle die Fragen, die heute von Krieg und Staat her so bedrängend aufsteigen. Man wartet auf ihr Wort. Es soll ein Wort sein, das uns sagt, was heute und hier Christi Gebot ist, und was nicht. Die Kirche darf nicht den Entscheidungen ausweichen und sich auf eine sogenannte mittlere Linie zurückziehen, sie darf nicht Ja sagen zum Worte der Bibel und Ja zum Worte des Staates, als ob es ein und daselbe wäre. Wohin diese Politik der Mitte

führt, zeigt uns drastisch den Ausgang des deutschen Kirchenkampfes, dem als ruhmvolles Gegenbeispiel die kompromißlose Haltung der norwegischen Kirche gegenübersteht. Es gibt auch einen christlichen Servilismus gegenüber dem Staat, und er ist leider auch unserer Kirche nicht fremd, während sie doch guten Grund hätte, unserm Staate vor Augen zu führen, welches die Lage unseres Vaterlandes vor Gott ist.

Der herrschende Geist, der keineswegs identisch ist mit dem Volksempfinden, ist mutlos, ja kläglich geworden. Seine Vertreter, die nicht nur in der Bundesverwaltung, sondern zum Teil auch im Parlament zu finden sind, huldigen der Ueberzeugung, daß Klugheit, Schlaueit und die sogenannte Realpolitik für unsere Rettung wichtiger seien als der Geist der Freiheit, der Wahrheit und des Evangeliums. Die Kläglichkeit des herrschenden Geistes hat sich in den letzten Monaten in der schamlosen Behandlung gezeigt, die den Asylsuchenden zuteil geworden ist. Wir dürfen hier nicht schweigen von der Schmach und der Schande, die wir uns dadurch aufgeladen haben, daß durch kalte Staatsraison Flüchtlinge, die innerhalb unserer Grenzen rettende Zuflucht gefunden zu haben meinten, in großer Zahl in Elend und Todesnot zurückgestoßen worden sind. Die Welle der Empörung, die durch unser Volk ging, war seit der Bekundung entschlossener Kampfbereitschaft für unsere Freiheit zu Beginn der Mobilisation das erhebendste Erlebnis in dieser Kriegszeit. Es war mehr wert als der zum Teil etwas künstliche Gefühlsturm des eidgenössischen Jubiläumjahres. Nicht die Schönheiten unseres Landes und nicht unser gesichertes Dasein macht uns die Schweiz der Verteidigung und der Hingabe wert, wohl aber, daß sie eine Stätte der Freiheit und des Rechtes ist. In der Erklärung des Bundesrates und der drei Regierungsfraktionen im Parlament kam leider nichts von einem Begreifen der großen Stunde zum Ausdruck. Dagegen wird man sagen dürfen, daß die reformierte Kirche, insbesondere der Vorstand des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes die Forderungen des christlichen Gewissens in entschiedener Weise verfochten hat. Ihre eindringlichste Formulierung haben diese in folgender Kundgebung unseres Herrn Kirchenratspräsidenten gefunden: „Gott stellt uns Christen durch sein Wort im Alten und Neuen Testament eindeutig an die Seite aller Schwachen, Bedrückten und Entrechteten, ohne Rücksicht auf Rasse und Nationalität. Das Bekenntnis zu Jesus Christus ist für Christen praktisch immer auch Bekenntnis zum leidenden Bruder. Die geringsten seiner Brüder sind heute die bedrängten Flüchtlinge in ihrer körperlichen und seelischen Not. Entweder findet uns Christus an ihrer Seite oder dann auf seiten seiner Verfolger.“

Die behördlich zugestandenen Milderungen sind einem Widerruf der hartherzigen Weisungen gleichzustellen. Aber es handelt sich nicht um eine dauerhafte und endgültige Lösung. Der Kampf für Ehre und Menschlichkeit muß auch hier fortgesetzt werden. Mit den Protesten allein ist es freilich nicht getan. Die Entrüstung ist hohl, wenn sich zu

ihr nicht auch die Bereitschaft zur Tat gefellt. Die Glieder der Kirche und ebenso sehr ihre Kritiker verlangen mit Recht, daß gerade sie sich tatkräftig für die Verstoßenen einsetze. Es gilt nun, durch ein überzeugendes Ergebnis der in diesen Tagen durchgeführten öffentlichen Sammlung der Zentralstelle für die Flüchtlingshilfe und vor allem auch durch die Aufnahme von Flüchtlingen in die Familien den Beweis zu leisten, daß unser Volk seine alte christliche Ueberlieferung gewahrt wissen will. Möge auch ein jeder von uns das Seinige tun, um die eigene Mitschuld an diesem Chaos abzutragen. Rings um unser Land triumphieren Unrecht, Gewalt und Unmenschlichkeit. Angesichts dieses grauenhaften Geschehens gibt es keine Rücksichten der Klugheit mehr. Wahre Realpolitik ist nur die, die als höchste Wirklichkeit Gott selbst in Rechnung stellt, die Gott wichtiger nimmt als alle Klugheitserwägungen. Diese leiten uns irre. Wir wollen aber auf unseren Reformator Huldrych Zwingli hören, der da sagt: „Sehe ein jeder uf sinen Hauptmann Jesum Christum, der wirt uns nit verführen.“ *Max Wolff.*

## Die Zürcher Kirchensynode in der Prüfung.

### 1. Die Frage Gottes.

Die Zürcher Kirchensynode ist unerwartet vor eine Prüfung durch Gott gestellt worden. Es wurde an sie die Forderung gerichtet, zu einer Angelegenheit von entscheidender Wichtigkeit nicht nur für die Schweiz, sondern auch für die Sache Christi unter uns: den über die sogenannten Landesverräter gefällten Todesurteilen, Stellung zu nehmen, und zwar in dem Sinne, daß sie sich für eine Begnadigung derselben, das heißt: eine Aufhebung des Vollzugs der Todesstrafe erklären sollte. Diese Forderung wurde im Namen der religiös-sozialen Fraktion durch unsern Freund, Pfarrer *Paul Trautvetter*, gestellt und in die folgende *Resolution* gefaßt:

„Die Kirchensynode des Kantons Zürich gibt ihrem Entsetzen Ausdruck über die Tatsache, daß in einer Reihe von Fällen das verabscheuungswürdige Verbrechen des Landesverrates unter uns möglich gewesen ist. Sie ist der Ueberzeugung, daß gegen eine derart verwerfliche, die Gesamtheit unseres Volkes gefährdende Handlungsweise mit der ganzen Strenge des Gesetzes eingeschritten werden muß.

Sie kann es aber mit ihrem Verständnis Christi nicht vereinbaren, daß die Schuldigen getötet werden sollen, sondern hält es gerade in unserer Zeit, der die Scheu vor dem Blutvergießen und die Ehrfurcht vor dem göttlichen Ebenbild abhanden zu kommen droht, für eine besonders dringliche, ja heilige Aufgabe, an jener menschlichen, auf die Besserung des Schuldigen abzielenden Rechtspflege festzuhalten, wie sie im neuen Eidgenössischen Strafgesetz festgelegt ist.